

Widerstand gegen geplante

Wirtschaftskammer und Landeshauptleute für Änderungen / ÖVP will an Grundzügen festhalten

In der ÖVP wächst der Druck auf die Regierung, die Entwürfe zur Pensionsreform zu ändern, um die Verluste für die Betroffenen zu mindern. „Der Entwurf ist von Schreibtischtätern gemacht worden, die keinen Bezug zu den Menschen haben“, kritisierte am Donnerstag Salzburgs Landeshauptmann Franz Schausberger. Er fordert Änderungen: Die Kinderbetreuungszeiten müssten besser berücksichtigt, für über 50-Jährige Übergangsregelungen geschaffen werden. Zudem solle mehr Rücksicht auf jene genommen werden, die überdurchschnittlich lang Pensionsbeiträge bezahlt haben.

PENSIONS-KONTO Auch maßgebliche Funktionäre des ÖVP-Wirtschaftsflügels verlangen Änderungen. Sowohl Kammer-Präsident Christoph Leitl als auch Vize-Generalsekretär Reinhold Mitterlehner meinten in mehreren Interviews, dass das Pensionskonto schon im jetzt vorgesehenen ersten Schritt der Pensionsreform enthalten sein sollte. Damit sollte

auch eine Harmonisierung der unterschiedlichen Pensionssysteme erreicht werden.

Die Regierung hingegen will das Pensionskonto und die Harmonisierung erst in einem zweiten Schritt im Herbst diskutieren.

Beim Pensionskonto gibt es kein fixes Pensionsantrittsalter, jeder Versicherte kann auf Abfrage feststellen, wie hoch auf Grund seiner bisher geleisteten Beiträge seine Pension wäre, und dem entsprechend sein Pensionsantrittsalter selbst bestimmen.

Mitterlehner forderte überdies Übergangsfristen bei der Abschaffung der Frühpensionen und der Senkung der Steigerungsbeträge.

Doch die Bundes-ÖVP will an der Pensionsreform in den Grundzügen nicht rütteln lassen. „Dass an der Grundstruktur der Reform festgehalten wird, ist, glaube ich, für alle außer Zweifel“, stellte Generalsekretär Reinhold Lopatka am Donnerstag fest. Ein „Nachjustieren“ sei jedoch möglich, das sei „der Sinn und Zweck der Begutachtung“.

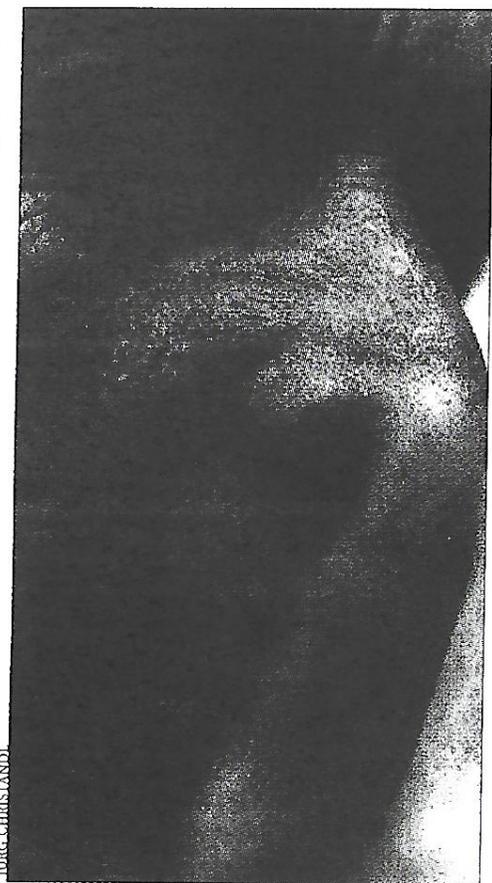
Zur parteiinternen Kritik meinte Lopatka,

für manches habe er Verständnis, „manche gehen aber zu weit“.

Eine weit reichende Pensionsreform könne nicht gegen den Willen der Parteibasis beschlossen werden, räumte der ÖVP-Generalsekretär ein. Die Volkspartei führe daher auch im Vorfeld des Parteitages am 25. und 26. April eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen durch. Es gebe eine „große Bereitschaft, Reformen mit zu tragen, wenn man sie argumentieren kann“.

SIMPEL Der ÖVP-Generalsekretär zweifelt auch nicht am Festhalten des Koalitionspartners FPÖ an der Reform. Er nehme dabei Parteichef Herbert Haupt beim Wort, der sich zu den Vorschlägen der Regierung bekenne: „Als ressortzuständiger Minister ist sein Wort das gewichtigste von allen, die sich da beteiligen.“ Keine Lösung ist für Lopatka der jüngste Vorschlag Jörg Haiders. Der Kärntner Landeshauptmann hatte eine volle Harmonisierung aller Systeme ab 1. Jänner 2004 gefordert.

Dazu meinte der ÖVP-Generalsekretär: „Ich bin nicht der Pensionsexperte. Aber ich glaube, das wird nicht so simpel und so einfach zu lösen sein.“



„Nicht so einfach zu lösen“: VP-Lopatka

Pensionsreform nimmt zu

Marin möchte Schwerarbeiter besser stellen und fordert einen Vier-Parteien-Konsens

Und wieder ging gestern ein Mitglied der Pensionsreform-Kommission an die Öffentlichkeit: Bernd Marin war an jenem Expertenbericht zur Pensionsreform beteiligt, der einige Wochen nach der Nationalratswahl veröffentlicht wurde. Der Regierung diente die Expertise als Grundlage für die nun umstrittenen Pläne.

KRAFTANSTRENGUNG Der Leiter des Europäischen Zentrums für Sozialforschung in Wien, riet der Regierung gestern zu „einer nationalen Kraftanstrengung“, in die auch die Opposition einbezogen werden sollte. Er verwies auf europäische Länder wie Schweden oder die Schweiz, die sich für große Reformen Zeit genommen hätten. Damit könne für möglichst hohe Akzeptanz in der Bevölkerung gesorgt werden.

Als ersten Schritt empfahl er, dass Politiker und Beamte als gutes Beispiel bei sich beginnen sollten. Eine Harmonisierung der Systeme wäre schon ab 1. Jänner 2004 wünschens-

wert. Dass sich „ausnahmslos alle Experten“ im Gesetzesentwurf nicht wiederfänden, zeige, dass die Koalition einiges zu verändern habe. Die „Grundtendenz ist richtig“, aber „Fairness für den Bürger“ fehle.

Marin forderte deshalb speziell in drei Punkten Änderungen.

► **Aufwertung:** Die Beitragsjahre sollten sich nicht wie jetzt vorgesehen an der Nettoanpassung orientieren. Dadurch entstünden samt längerer Durchrechnung Einkommensverluste von bis zu 30 Prozent. Sein Vorschlag: Die besten 15 Jahre könnten wie jetzt bewertet werden. Die restlichen Jahre sollten entsprechend der Lohnsteigerungen bewertet werden.

► **„Hackler-Regelung“:** Personen, die Nacht- und Schwerarbeit geleistet haben, sollten

„ohne Abschläge einige Jahre“ früher in Pension gehen dürfen. Für Menschen, die länger als 45 Jahre Beiträge bezahlt haben, würde Marin die Bemessungsgrundlage aufheben. Als Grund gab er an, dass in diesen Fällen die Pensionshöhe gemessen an den eingezahlten Beiträgen zu gering sei. Die „Hackler-Regelung“ (Frühpension mit 55/60 nach 40/45 Beitragsjahren, ab 2005 56,4/61,5 samt Abschlag) nannte er einen „Etikettenschwindel“, weil davon vor allem Personen betroffen seien, die keine Schwerarbeit geleistet hätten.

► **Frauen:** Bessere Bewertung der Kindererziehungszeiten.

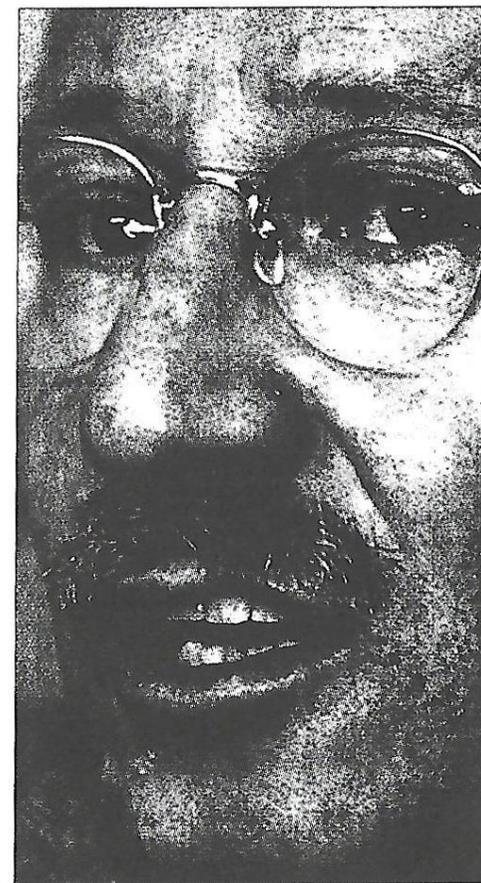
Den Plänen für den öffentlichen Dienst (Beamte) kann Marin wenig abgewinnen: „So geht's nicht. ASVG und Beamten gehen komplett auseinander“, rechnete der Fachmann vor, dass die Steuermittel zur Bedeckung der Beamtenpensionen mehr als drei mal so hoch seien wie im ASVG.

– PATRICIA HALLER

Pensionen: Was zählt

Durchrechnungszeitraum Beitragsjahre zur Errechnung der Pensionshöhe.

Steigerungsbetrag Pensionsanspruch steigt pro geleistetem Beitragsjahr. Aufwertungsfaktor: Berücksichtigt den Geldwert von alten Pensionsbeiträgen.



WILU SCHRAM

Marin verlangt „Fairness für den Bürger“